

Vorwärts

Bezugsbedingungen und Einzelgenosse
sind in der Anzeigenspalte angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Setzer und Einzelgenosse
Geschäftsjahr: 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 202 - 207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ordens- und Titelsegen.

Ein Dementi der Regierung. — Das Gesetz nur vertagt.

Die Reichsregierung läßt die Pressemeldung, daß sie einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Ordens- und Titelsegenverboles, das in der Reichsverfassung steht, bereits genehmigt und dem Reichsrat übermittelt habe, als falsch bezeichnen. Das Reichskabinett habe sich einmal, und zwar, als es auch schon nur noch geschäftsführendes Kabinett war, kurz mit dieser Sache beschäftigt und habe entschieden, daß diese Angelegenheit nicht von einem nur geschäftsführenden Kabinett erledigt werden könne; bis jetzt liege nur ein Referentenentwurf aus dem Reichsinnenministerium in der Reichskanzlei, er bleibe aber dort liegen, bis der Innenminister der nächsten Reichsregierung sich entschieden haben werde.

Die geschäftsführende Reichsregierung wird sich ebenso wie ihre Nachfolgerin darüber klar sein, daß jedes Gesetz zur Wiedereinführung von Titeln und Orden eine Verfassungsänderung darstellt und zu seiner Durchführung die verfassungsändernde Mehrheit des Reichstags braucht. Die große amerikanische Republik kommt bisher ohne Titel und Orden aus. Ihre Staatschefs bedürfen sogar nicht einmal des Diplomatentracks, um entsprechendes Ansehen zu genießen. Soll Deutschland wirklich alle die kleinen Kinkerlitzchen des Kaiserturns wieder einführen, nur weil es den bürgerlichen Regierungen an Bürgerstolz fehlt?

Man schützt außenpolitische Interessen vor, wenn man von dem neuen Ordens- und Titelsegen spricht. Angeblich will man hauptsächlich ins Ausland Orden verleihen, um „deutschfreundliche Gesinnungen“ zu wecken und zu hegen. Würde das Gesetz jedoch angenommen, so zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß sich bald über ganz Deutschland ein Ordens- und Titelsegen ergießen würde, der natürlich das Volk wieder in Dekorierete und Gemeine teilt.

Es wäre die Pflicht des Reichsministers des Innern und der Gesamtregierung gewesen, der bayerischen Verfassungsversammlung entschieden entgegenzutreten und durch den Staatsgerichtshof in Leipzig feststellen zu lassen, daß die sämtlichen neuen Titel in Bayern, die beim letzten Jahreswechsel gleich hundertweise verliehen worden sind, dem klaren Wortlaut der Verfassung widersprechen und deswegen null und nichtig seien. Statt diese selbstverständliche Pflicht zu erfüllen, hat sich der demokratische Reichsinnenminister Kütz v. Jelmehre mit Eifer darauf geworfen, den bayerischen Unsinn für ganz Deutschland einzuführen. Daß er selbst nicht mehr in der Lage ist, das Gesetz dem Reichstag vorzulegen, ist ein persönliches Mißgeschick. Er hätte sonst neben dem Schmuggelgesetz auch noch den Ordenschund in die Geschichte mit übernommen.

Das Spiel um Curtius.

Beauftragt — erledigt! — Erledigt — beauftragt!

Was ist mit Curtius? Das Spiel, das um ihn herum getrieben wird, beginnt unterhaltsam zu werden.

Wer ist Curtius? Rechtsanwalt beim Kammergericht in Berlin, geborener Duisburger, wird am 7. Februar fünfzig Jahre alt, Reichstagsabgeordneter seit 1920, zurzeit Reichswirtschaftsminister. Politisch hervorgetreten ist er eigentlich nur einmal, nämlich als die Volkspartei mit den Deutschnationalen das berühmte Geschäft über den Dawes-Pakt abschloß. Die Deutschnationalen stellten damals zur Verabschiedung des „Berufungsgesetzes“ 49 Stimmen und erhielten dafür vier Ministerportefeuilles. Unterhändler auf volksparteilicher Seite waren damals Curtius und Zapf. Wie weit sie damals dem Zug des eigenen Herzens folgten, wie weit dem Auftrag der Fraktion, das zu ergründen bleibt der künftigen Geschichtsschreibung vorbehalten.

Im übrigen gilt Herr Curtius als ein Mann von Mittelmaß, entschiedener Anhänger Stresemanns ohne besonders stark ausgeprägte politische Eigenart.

Von diesem Curtius wurde nun vor einigen Tagen behauptet, er wolle ein Kabinett der Mitte bilden, das Anschluss nach links suchen werde mit Groener als Reichswehrminister, Birth als Finanzminister, Koch als Innenminister.

Diese Nachricht schien manchen Redaktionen der Rechtspresse so glaubwürdig, daß sie sich bei der Volkspartei befragten nach ihrem Wahrheitswert erkundigten. Das Ergebnis war, wie man erwarten durfte, negativ. Die Volkspartei bleibt dabei, nur eine offene oder verschleierte Rechtsregierung bilden zu wollen. Herr Curtius, als getreuer Fraktionsmann, wird keine andere Lösung versuchen.

Gestern meldete der „Tag“, die Kandidatur Curtius sei erledigt. Heute aber berichtet die, wie es scheint, besser unterrichtete „Tägliche Rundschau“:

Wie schon gestern gesagt, steht für diesen Fall (daß eine Regierungsbildung durch Deutschnationale oder Sozialdemokraten nicht gelingt. Red. d. „B.“) die Berufung des bisherigen Wirtschaftsministers Dr. Curtius im Vordergrund, man kann sie sogar für gesichert halten. An welchem Tage sie erfolgt, ist unbestimmt. Wenn aber die Vorfrage sich rasch erledigt, so kann man mit ihr schon für den 10. Januar rechnen. Es versteht sich von selbst, daß Dr. Curtius nicht sofort zum Reichskanzler ernannt, sondern vielmehr mit der Aufgabe betraut wird, eine Regierung zu bilden. Die Ernennung zum Reichskanzler erfolgt gewohnheitsgemäß erst dann, wenn ein Zustandekommen der Regierung gesichert ist. Es ist einigermaßen auffallend, daß die Kandidatur Dr. Curtius auch in einem Teil der Rechtspresse auf Kritik und Ablehnung stößt. Es wird sogar behauptet, die Kandidatur sei erledigt, da Dr. Curtius in bezug auf die Bildung des Kabinetts nicht mehr mit der Auffassung des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei übereinstimme. Diese Behauptung zeugt von einer weitgehenden Unkenntnis der tatsächlichen Vorgänge. Die Berufung von Dr. Curtius zur Regierungsbildung ist dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei nicht nur bekannt, sondern von ihm auch gebilligt worden. Dabei versteht es sich für jeden vernünftigen Menschen von selbst, daß die angelegliche Ministerliste, die Dr. Curtius in einigen Blättern zugeschrieben wird, entweder auf reiner Kombination oder auf der Tendenz beruht, die Berufung von Dr. Curtius in ein falsches Licht zu setzen. Die deutschnationale Presse könnte wissen, daß Dr. Curtius nicht mit der Absicht ans Werk gehen wird, ein nach links orientiertes Kabinett der Mitte zu bilden.

Wenn der Ruf zur Regierungsbildung von Dr. Curtius ergeht, so wird zunächst der Versuch gemacht werden, ein Kabinett auf der Grundlage einer Koalition sämtlicher bürgerlicher Parteien zu bilden. Ob dieser Versuch gelingen wird, wird nach den vorausgegangenen Erfahrungen stark bezweifelt. Die Zentrumspresse läßt jedenfalls keine Gelegenheit vorbegehen, ohne eine Abfrage an die Adresse der Deutschnationalen zu richten. Wie sich das Zentrum endgültig entscheidet, muß man aber noch abwarten. Sagt es nein, so wird nur noch der Versuch übrig bleiben, ein Kabinett der Mitte zu bilden. Nach welcher Seite dieses Kabinett orientiert sein wird, ist heute noch eine müßige Frage. Sicher die Deutschnationalen ihm wohlwollende Neutralität zu, so wäre ein solches Kabinett durchaus lebensfähig. Es könnte sogar der Ausgangspunkt einer neuen innerpolitischen Entwicklung werden. Es wird bei den Deutschnationalen stehen, ob es dazu kommt. Gegen eine Orientierung nach links sprechen außer schwerwiegenden sachlichen Gründen auch die Streitfragen, die sich an die Befehung des Reichswehrministeriums und an die Person des Reichswehrministers geknüpft haben. Dr. Gehler wird den Sozialdemokraten nicht preisgegeben werden.

Die Beauftragung des Herrn Curtius ist also gewiss. Wenn man aber der „Germania“ glauben darf, ist sie auch schon wieder erledigt! Für eine Rechtsregierung kommt Herr Curtius nicht in Frage, weil das Zentrum eine Rechtsregierung nicht will, und für eine Regierung der Mitte kommt Herr Curtius nicht in Frage, weil das Zentrum Herrn Curtius nicht will. Die „Germania“ verweist auf die „Deutsche Tageszeitung“, in der gesagt wird, daß sich die Deutschnationalen auf eine verschleierte Rechtsregierung nicht einlassen werden, und fährt dann fort:

Wir vermuten, daß die „Deutsche Tageszeitung“ die Stimmung der deutschnationalen Reichstagsfraktion richtig wiedergibt. Unter diesen Umständen wird Herr Dr. Curtius zu der Erkenntnis kommen, daß auch dieser Plan undurchführbar ist. Es wird daher von volksparteilichen Blättern auch schon der Vorstoß gemacht, die Regierung auf der bisherigen Grundlage wiederherzustellen und dann sofort eine neue Entscheidung im Reichstag zu suchen. Das Scheitern

Amerikanischer Flottenimperialismus.

Die Intervention in Nicaragua und die Erhöhung der Marineausgaben.

Gestern ließ das Staatsdepartement in Washington die Maste der Neutralität fallen. Bisher war die Landung amerikanischer Marinekräfte in Nicaragua damit begründet worden, daß es gelte, „Leben und Eigentum amerikanischer Bürger zu schützen“. Partei solle in dem Kampf zwischen den Liberalen und dem Ex-präsidenten Diaz nicht ergriffen werden. Gestern hat Washington Diaz die Einfuhr eines Flugzeuges (1), tausend amerikanischen Gewehren, 160 Maschinengewehren und mehreren Millionen Patronen erlaubt. Diese offene Parteinarbeit wird dadurch ergänzt, daß amerikanische Truppen die Hauptstadt Managua besetzen, so daß die siegreichen Liberalen sie nicht einnehmen können. Der amerikanische Admiral hat außerdem den Auftrag bekommen, aufzusuchen, daß die „neutrale“, von ihm übermochte Küstenzone nicht von den Liberalen zur Einfuhr von Waffen „mißbraucht“ wird. Daß die amerikanische Marineleitung gerade jetzt in den mittelamerikanischen Gewässern Flottenmanöver, an denen sich 60 Schlachtschiffe, Kreuzer und Zerstörer beteiligen, abhält, zeigt, daß der amerikanische Imperialismus offener als jemals seine Machtmittel gegen die lateinamerikanischen Staaten gebrauchen will. Er versucht nur noch schwächlich, seine Maßnahmen zu rechtfertigen. Die Tatsache, daß der englische und italienische Gesandte in Nicaragua um Schutz der Zustände gebeten haben, wird zum Beispiel propagandistisch in eine Zustimmung dieser europäischen Mächte zu seinem Vorgehen umgewandelt.

In den Vereinigten Staaten selbst scheinen die demokratischen Gegenträfte gegen die imperialistische Außenpolitik im Augenblick unterlegen zu sein. Borah nähert sich anscheinend immer mehr dem Standpunkt der Regierung. Ledentfalls hat Staatssekretär Kellog noch nicht vor dem von ihm geleiteten auswärtigen Senatsausschuß erscheinen müssen, um sich zu rechtfertigen. Borah selbst hat sich nach der gestrigen Sitzung damit begnügt, zu erklären, daß durch die militärische Intervention die Monroe-Doktrin nicht verletzt worden sei. Aber da keine europäische Regierung in Amerika interveniert hat, so bedeutet das nur, daß Borah die Monroe-Doktrin damit der Welt in Erinnerung rufen und vor einer Einmischung Europas und des Völkerbundes in panamerikanische Kämpfe warnen wollte.

Nicht zufällig wird gleichzeitig mit dem Flottenvorstoß in Mittelamerika die Debatte über die Erhöhung des Marineausgabenhalts wieder lebhaft. Wie die nachfolgenden Meldungen zeigen, ist es schon zu extremen Forderungen und sogar zu Zusammenstößen der Marinefreunde mit dem Präsidenten gekommen, der gegen Kreuzerneubauten ist und an seinen bisherigen Voranschlägen festhält.

„Der Geist der Abrüstung ist tot — das Rennen hat begonnen.“

Washington, 6. Januar. (W.B.) Der Marineauschuß des Repräsentantenhauses hat eine Entschließung angenommen, in welcher er sich für eine Erhöhung der Zahl der Geschütze auf allen älteren Schlachtschiffen der Vereinigten Staaten ausspricht, um mit den britischen Schiffen auf gleiche Höhe zu kommen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Butler führte bei der Beratung aus, daß Hughes als Staatssekretär zwar im Jahre 1924 erklärt habe, eine Erhöhung der Besetzung verstoße gegen den Vertrag von Washington. Der Geist dieses Vertrages aber sei tot und das Rennen habe begonnen. Es sei höchste Zeit, daß Amerika die Führung übernehme.

Washington, 6. Januar. (W.B.) Präsident Coolidge hat gestern vor einer Ueberrückung der Haushaltsvoranschläge für die Marineausgaben gewarnt. Er richtete an den Marineberichterstatter des Repräsentantenhauses, French, ein Schreiben, in dem er erklärte, die

Festsetzungen des Budgets entsprächen dem, was er nach reiflicher Erwägung für das richtige halte, und er fühle sich verpflichtet, sie in ihrer gegenwärtigen Form zu verteidigen und zu unterstützen.

Der Abgeordnete Britten, Mitglied des Marineauschusses des Repräsentantenhauses, hat die Meinung des Präsidenten anscheinend als Herausforderung empfunden; er erklärte heute im Repräsentantenhaus: „Wenn der Präsident auf falschem Wege ist, so werde ich mich weigern, ihm Gefolgschaft zu leisten. Ich werbe über Flottenfragen besser Bescheid als der Präsident. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo die Gelder für die Beschaffung der neuen Kreuzer bewilligt werden müssen.“ Britten nahm dann Bezug auf eine Erklärung des Konteradmirals B. S. Ochs, die dieser kurz vorher abgegeben hatte. Admiral Ochs, der Leiter der artilleirischen Abteilung des Marineministeriums, hatte erklärt, die Flotte der Vereinigten Staaten bestche zurzeit aus 2206 Einheiten, unter denen einige noch aus der Zeit von der Seeschlacht von Manila stammten, und er hatte hinzugefügt: „Ein einziges modernes Schiff genügt, um sie alle zu vernichten.“

Das Repräsentantenhaus begann dann, den Gesetzentwurf abschnittsweise zu beraten. Verschiedene Abschnitte, darunter einer, der sich für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Mannschaftsbestandes der Flotte ausspricht, wurden angenommen. Dagegen wurde die Beratung der Abschnitte, bei denen noch größere Reinigungsverschiedenheiten zu erwarten sind, vertagt.

Präsident Coolidge erläuterte später die Absicht, die er mit seinem Schreiben an French verfolgt habe. Er erklärte, er habe den Eindruck beiseitigen wollen, als habe er seit der Abfassung seiner Botschaft über den Staatshaushalt seine Haltung in der Frage der Bewilligungen für die Flotte geändert.

Japan lehnt Englands Chinapolitik ab.

Es besteht auf seinem Schein.

London, 6. Januar. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Eine japanische Antwort auf das Memorandum ist in London noch nicht eingetroffen. Jedoch hat in den diplomatischen Besprechungen die japanische Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß Japan zwar weiter zu den Entschlüssen von Washington und zu einer freundschaftlichen Politik gegenüber der chinesischen Nation stehe, daß sie es aber ablehnen müsse, im gegenwärtigen Augenblick sich einem Kollektivschritt anzuschließen, wie er in der heftigen Denkschrift vorgeschlagen werde. Japan müsse sich gegen irgendwelche offizielle Ermächtigung zur Erhebung der Washingtoner Zollsatzjolle erklären. Der japanische Minister des Auswärtigen habe ferner Bedauern darüber ausgesprochen, daß Großbritannien sich nicht für die Abhaltung einer halbamtlichen Konferenz zwischen den Washingtoner Vertragsmächten und technischen Delegierten aus ganz China über die Zollfrage erklärt habe. Zur Frage der extraterritorialen Rechte habe er bemerkt, daß Japan es nicht für opportun oder möglich halte, im gegenwärtigen Zeitpunkt auf die extraterritorialen Rechte in China zu verzichten, ebensowenig auf die juristischen Sicherungen, die den japanischen Staatsangehörigen unter den bestehenden Verträgen zugute kommen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Entschädigungsfrage für das widerrechtlich enteignete Städtchen Chorzow sind wieder aufgenommen worden. Am 7. Januar beginnen auch die seit zwei Jahren ohne sichtbares Ergebnis geführten deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wieder einmal.

wie die Dinge im Augenblick liegen, zunächst der einzige Ausweg zu sein. Aber auch dann halten wir es für selbstverständlich, daß die Führung beim Zentrum verbleiben muß. Durch die Uebernahme des Reichsfinanzamtes durch Herrn Dr. Curtius wären die beiden führenden Ministerien in volksparteilichen Händen, und das bedeutete eine solche Verlegung des Schwerpunkt, daß man kaum noch von einer Regierung der Mitte reden könnte. Die ohnehin verworrene politische Lage würde durch solche Uebernahme noch mehr kompliziert werden. Im Interesse des Zusammenarbeitens der Mittelparteien, von denen die „National-liberale Korrespondenz“ redet, liegt es nicht, wenn Herr Curtius die Bildung einer Mittelregierung auf der bisherigen Grundlage versuchen wollte. Das Zentrum könnte jedenfalls diese Lösung nicht unterstützen.

Nach dem „Tag“ soll freilich Herr Curtius aus andern Gründen erwidert sein, weil er nämlich der Rechten verächtlich geworden sein soll. Wozu wiederum die „Germania“ bemerkt:

Das Interessanteste an diesem Spiel ist das in parlamentarischen Kreisen umgehende Gerücht, daß der Vorstoß der Jugendberg-Presse gegen Curtius auf volksparteiliche Kreise zurückgehe und einen starken persönlichen Hintergrund habe. Trifft das zu, dann scheint innerhalb der Volkspartei ein kleines niedliches Intrigenpiel im Gange zu sein, in das uns einmischen wir keine Veranlassung haben.

Soweit die Presse über den Fall Curtius. Uns scheint an allem das Erstaunlichste zu sein, daß ein Mitglied der bisherigen Regierung Marx den Auftrag zur Bildung einer offenen oder verdeckten Rechtsregierung zu übernehmen bereit ist. Ist nicht der Welt erst vor einigen Wochen verkündet worden, daß die Regierung Marx einstimmig beschloffen habe, mit den Sozialdemokraten über die Bildung einer Regierung der Großen Koalition zu verhandeln? Vor ein paar Wochen war also Herr Curtius noch für die Große Koalition und heute ist er für die Rechtsregierung? Was soll man von Politikern halten, die ihr Ziel in so kurzer Zeit ändern?

Und ist es da nicht verständlich, wenn mancher rücksehend zu der Auffassung kommt, einigen der Beteiligten sei es mit ihrem Willen zur Großen Koalition gar nicht so ernst gewesen und sie hätten den ersten besten Vorwand benutzt, um aus einer Situation, die sie als überaus fatal empfanden, wieder herauszukommen?

Auflösung des Reichstags.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt: Sollte das auch von uns zunächst erstrebte Kabinett vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen nicht zu erreichen sein, dann bleibt nur die Möglichkeit übrig, die Lösung der Krise von der Mitte aus zu versuchen. Freilich würde sich dann sofort der alte Streit erheben, wo das Kabinett seine Mehrheit suchen soll. Es gibt verschiedene Möglichkeiten; eine größere Dauer könnte ihm unserer Auffassung nach durch Unterstützung von rechts beschieden sein. Sollte diese nicht zu erreichen sein, so könnte es auch seine Mehrheit von Fall zu Fall suchen. Dann aber müßte sein Kanzler das Auflösungsdekret für den Reichstag in der Tasche haben, damit gegebenenfalls leichten Herzens Krisenmachern durch eine Auflösung des Reichstages und Ausschreibung von Neuwahlen sofort die Rechnung präsentiert werden kann.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hofft offenbar, durch solche Drohungen die Deutschnationalen bei der Stange halten zu können, die allerdings von Neuwahlen Schlimmes zu befürchten haben. Daß die Sozialdemokraten nicht die gleiche Sorge hegen, sondern mit den allerbesten Aussichten in den Wahlkampf gehen würden, wird auch die „Nationalliberale Korrespondenz“ wissen.

Gegen die Schandthaten der rumänischen Pogromisten hat der Bundesauschuß der christlichen Kirchen in Amerika dem rumänischen Botschafter ein Protestmemorandum übergeben.

Erdarbeiter.

Von Erich Grisar.

Das ist unser Leben: Pflaue, Bettelrad. Schippe schnapp, kein Brot im Schapp. Den ganzen Tag. Im riesenden Regenfall des Herbstes, der uns unmerkbar, aber sicher bis auf die Haut durchnäßt und in der Hitze des Sommers. Pflaue, Bettelrad, Schippe schnapp, kein Brot im Schapp. Immer wieder. Immerzu. Die Pflaue, die Schippe. Die Pflaue, die Schippe. Müde und zerklüftet geben wir am Abend heim, und wenn wir morgens zurückkommen, sind wir fast noch müder.

Die ganze Stadt kennen wir. Wir haben sie aufgedrückt vom Norden zum Süden und von Westen nach Osten. Wir kennen ihre Hundertmal aufgerissene und ebensooft vernarbte Haut, die wie der Leib einer leuchtigen Frau, immer wieder unserm harten Griff sich wehrt. Und doch immer wieder sich gibt. Denn haben wir erst den Schotter durchstoßen, die Packlage fortgeräumt, gibt es kein Hindernis mehr. Wie in atmendem Fleisch wühlt unsere Hand sich in den warmen Lehm, den lebendurcharpften Mutterboden, dessen würziger Geruch uns betäubt. Wie eine Geliebte öffnet sich uns der Leib der Stadt.

Aber es gibt Tage, wo sie alles andere zu sein scheint als eine schamhafte Jungfrau; wo wir den Unrat vergangener Jahrzehnte, den Schutt längst verwehelter Generationen, die Reste verbrochener Gesepelter Menschen fortträumen müssen, ehe wir die blinde Hand hineinstoßen dürfen in den lebendigen Mutterboden. Denn an vielen Stellen, da wo früher Stumpf war, oder alte, verfallene Mauern dem Bau einer Straße wichen, oder wo der Schutt sich häufte, ruht das Gefüge der Stadt auf Geröll, auf überbetretendem Abfall, der wie ein Geschwür, das aufbrechen möchte, an ihrer Haut frisst.

Doch wir tun das Häßliche von uns wie das Schöne; denn nicht unsern Lüsten zu fröhnen, nicht an ihrer Entblößtheit uns zu berauschen, brauchen wir ein in das Innere dieses Riesentleibes. Arbeit ist unser Ziel. Heilung oder Vinderung zu bringen, Wachstum zu fördern ist unser Beruf. Denn wir sind nicht nur die Raubwürfe, wir sind auch die Aerye der Stadt. Wir fühlen ihren Puls, regeln die Verdauung dieses Riesens, dessen Nerven und Muskelstränge die Telefon- und Kraftkabel, dessen Poren die tausend Klüfte sind, in denen die verbrochenen Säfte sich sammeln, um durch das Darmgefäß der Kanalisation ihren Leib zu verlassen.

Die große Blaudröbe jedoch, die wir der Stadt legen, ist die Wasserleitung. Ohne sie kann die Stadt nicht einen Tag sein, oder sie geht zugrunde. Aus dem wohlorganisierten Dasein ihrer Bewohner würde ein chaotisches Durcheinander Tausender werden, deren Lebensäfte fern den Quellen der Natur, verrotten müßten.

Dosum, mögen auch die Bürger schimpfen, wenn wir kommen und die Erde aufbrechen, weil sie einen Umweg machen müssen, oder sich die Füße beschmutzen mit Lehm, den wir geld und fett in ihr

Vergeßliche Negerfreunde.

Askaris, Tambourmajor, Lettow-Vorbeck und „Deutsche Zeitung“.

Große Entrüstung hat der „Vorwärts“ bei den Rasseführern der „Deutschen Zeitung“ erregt, weil er über erfreuliche Fortschritte der gewerkschaftlichen Organisation unter den Neger-Arbeitern Amerikas berichtet hatte. Aufschraubend fällt das Blatt über — mit oder ohne jüdische Großmütter — rassistischen Germanen über uns her:

Wirklich höchst angenehm für den „Vorwärts“! Vielleicht verbreitet er nun bald eine Negerbeilage unter seinen schwarzen „Kameraden“. Inhalt und Ton könnte ja der bisherige bleiben. Mögen fremdträufliche Schmierfinken „deutscher“ Schriftleitungen sich mit den Negern verbrüdernd. Der deutsche Arbeiter wird noch sozialer Rassegefühl besitzen, daß er sich für solche Genossen bedankt. Die Neger am Rhein sind noch nicht vergessen!

Das Gedächtnis der deutschen Arbeiter reicht — schmerzhaft genug für die „Deutsche Zeitung“ — noch etwas weiter zurück als in die Zeit der Rassebeilage. Es reicht zurück in die Zeit Wilhelm II., in der ein schwarzer Tambourmajor Stolz und Stierde eines der feindlichsten Garderegimenter bildete. Es reicht zurück in die Zeit des Krieges, in der die Spalten der alldeutschen Presse überfließen von Lobeshymnen auf die Tapferkeit und Treue der ostafrikanischen Askaris, der eingeborenen Kolonialtruppen, die unter Lettow-Vorbeck kämpften. Lettow-Vorbeck selber hat nach dem Kriege in Wort und Schrift das Ruhmeslied seiner farbigen Soldaten gesungen. Und ist das nicht derselbe Lettow-Vorbeck, der als späterer Kappist und Deutschvölkischer der „Deutschen Zeitung“ politisch ganz außerordentlich nahesteht?

Wertwüdig: Solange die schwarze Rasse williges Kanonenfutter für weiße Imperialisten und bequeme Lohnbrüder gegen weiße Arbeiter abgibt, ist sie bei den germanischen Rassehelden wohl gelitten. Wenn aber schwarze Arbeiter zu Selbstbewußtsein erwachen und Schulter an Schulter mit ihren weißen Arbeitsbrüdern um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, dann soll sich der weiße Profetarier aus Rassestolz von ihnen fernhalten. Eine ebenso zwiespältige wie durchsichtige Taktik!

Bauherr, nicht Mörtelbube.

Die Liberale Vereinigung lebt noch.

In München hat am Mittwoch eine Rundgebung der sogenannten „Liberale Vereinigung“ stattgefunden, bei der der demokratische Reichstagsabgeordnete Fischel, der frühere Wirtschaftsminister Ham und der volksparteiliche preussische Abgeordnete v. Richter Anreden hielten.

Fischel betonte, daß die Liberalen auf dem Boden der Republik und Demokratie arbeiten wollen und sich gegen diejenigen wenden, die aus agitatorischem Interesse die Staatsform immer wieder in Zweifel stellen. Aber sie wollen auch das Recht haben, an der Ausgestaltung der Republik zu arbeiten und ihre Ausfüllung mit dem „aus der liberalen Weltanschauung gewonnenen Guten“ zu erstreben. Die Verwirklichung der deutschnationalen Ideen des Herrenstandpunktes müßte zu einer schweren Störung des inneren Friedens führen und wird deshalb von den Liberalen abgelehnt, aber, so fuhr Fischel fort, man dürfe auch die Wirtschaft nicht in sozialistische Zwangsstiefel pressen! Fischel wünscht weiter, daß die Deutsche Volkspartei und die Demokraten sich auf ihre liberale Vergangenheit besinnen und die liberale Gedankenwelt in der Politik gemeinsam zur Geltung bringen. Es gehe nicht an, daß bei jeder Regierungskrise im Reich alle Welt nur auf das Zentrum sehe. Das liberale Bürgerertum wolle bei dem Bau der Republik gleichberechtigter Bauherr und nicht „Mörtelbube“ für die anderen sein. Wenn das liberale Bürgerertum weiter zerstreut und zerklüftet und wenn das Parlament weiter von Krise zu Krise schreite, so komme vielleicht die Stunde, in der das Interesse des Landes die Prüfung fordere, ob der Parlamentarismus noch das Leben des deutschen Volkes und seine nationale Individualität den richtigen Ausdruck des demokratischen

Volkswillens darstelle. Zum Schluß wandte sich Fischel mit bemerkenswerter Schärfe gegen den bayerischen Ministerpräsidenten, der bayerische republikanische Beamte als „Ephialtes-Naturen“ bezeichnet hatte.

Der frühere Reichswirtschaftsminister Ham untersuchte die Frage, was liberale Bestimmung zur Volkswirtschaft beitragen könne. Das wesentlichste der liberalen Anschauungen sei die grundsätzliche Befahrung des Freiheitsrechts der Persönlichkeit. Die Staatshilfe dürfe auf dem Gebiete der Wirtschaft niemals die Selbstverantwortlichkeit anmaßen.

In ähnlichem Sinne sprach der Volksparteiler v. Richter, der besonders betonte, daß die Republik das Vergangene zu sehr vernachlässige.

Die Versammlung forderte schließlich in einer Resolution „alle Parteien mit liberaler Grundeinstellung zur Selbstbestimmung auf; gemeinsame Arbeit und Zusammenfassung aller liberalen Volksgenossen sei das Gebot der Stunde!“

Der Kern der „liberalen Gedankenwelt“ ist die alte wirtschaftliche Wandlehre: Der Staat darf den kapitalistischen Elitenbogen nicht hindern, den proletarischen Massen rücksichtslos zu Boden zu werfen. Das ist in München freilich nur angebetet und gar nicht geschrieben worden.

Antisemitischer Landfriedensbruch.

Blamaziige Ueberfälle in Breslau.

Breslau, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Breslauer Polizeipräsident veröffentlicht jetzt zu den antisemitischen Ausschreitungen in einer belebten Breslauer Straße folgende Erklärung: „Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen über den Vorfall in der Nacht vom 3. zum 4. Januar 1927 haben ergeben, daß es sich nicht um gegenseitige Kämpfe gehandelt hat, sondern um einen durch nichts begründeten einseitigen Ueberfall von Mitgliedern des Bundes „Totenkopf“ auf friedliche Bürger. Die Angelegenheit wird in Kürze der Staatsanwaltschaft übergeben.“

Weiter wird mitgeteilt, daß die Polizei in die betroffene Gegend einen verstärkten Schutz durch Radfahrerpatrouillen gelegt hat und daß die Beamten angewiesen sind, bei ähnlichen Anlässen mit aller Schärfe gegen die Friedensbrecher vorzugehen. Allerdings sei die Zahl der zur Verfügung stehenden Polizeikräfte eng begrenzt.

Das Mindestprogramm in Belgien.

Grundlagen für die Koalitionsverhandlungen.

Brüssel, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalsekretär der belgischen Arbeiterpartei besaßte sich am Mittwoch mit der Durchführung des Beschlusses des Weihnachtstongresses, ein Mindestprogramm aufzusetzen, das gleichzeitig mit der Frage, ob die Sozialisten in der Koalitionsregierung bleiben sollen, den Kreisorganisationen unterbreitet werden wird. Nach mehrstündiger Debatte, wobei die gleichen Meinungsverschiedenheiten wie beim Kongress zum Ausdruck kamen, wurde schließlich beschlossen, folgendes Mindestprogramm den Kreisverbänden zu unterbreiten:

Schnelle Aufwertung der Alters- und Invalidenrenten, Stärkung des Krisen- und Arbeitslosenfonds, weitere Entwicklung der sozialistischen Krankenkassen, Stärkung des Arbeiterwohnungsbausfonds, Entwicklung des Kleinpächterschutzgesetzes, grundsätzliche Beibehaltung der Uebersteuerung auf hohes Einkommen, Revision des Arbeiterunfallgesetzes und Einbringung eines Gesetzes über Berufsstrafgesetze, Reform der Arbeiterinspektion in den Kohlenruben, Vorbereitung der Rationalisierung unangebaute Kohlenzüge, baldige Wiederherstellung der Autonomie der Gemeinden und Provinzen.

Falls die Kreisverbände dieses Programm gutheißen, soll es zur Grundlage der Verhandlungen mit den anderen Parteien zur Regierungsbildung dienen. Außerdem beschloß der Generalsekretär eine Resolution, worin Forderungen aufgestellt werden, die zwar nicht unbedingt im Regierungsprogramm sein müssen, wofür aber sowohl die sozialistischen Minister wie die Parlamentsfraktion energisch eintreten sollen.

Naturschau im Volksmuseum. Die Naturschauabteilung nimmt zwar in erfreulichem Maße zu, aber sie hat nur Wert, wenn die Beamten auch imstande sind, die Befolgung dieser Befehle zu überwachen. Wenn der Beamte die geschützten Tiere und Pflanzen nicht kennt, wenn er mit den Schlingen und Kniffen der Frevler nicht vertraut ist, dann nützt ihm der beste Wille nichts. Aus diesem Grunde hat die Kriminalpolizei Erfurt, wie Studienrat Korsch in der Monatschrift „Der Naturforscher“ ausführte, in ihrem Museum eine Abteilung für Naturschaufragen eingerichtet. Hier befindet sich eine Sammlung der geschützten Tiere und Pflanzen, die in Bildern, oder wenn möglich, in natürlichen Präparaten vorgeführt werden. Recht gut ausgestattet ist bereits die Abteilung für Jagdoergehen, in der die den Jagdfrevlern abgenommenen Werkzeuge aufgestellt sind und die Beamten regelrechten Anschauungsunterricht erhalten. Da ist z. B. eine Wulstfellektion der verschiedensten Stoffarten, zerlegbaren Gewehre, Schlingen, Schlagnetze, Fangbänder usw. zu sehen. Gewisse verbotene Methoden des Fangens werden vorgeführt, so z. B. der „Boreksang an der Tränke mit Ledvogel und Limmatte“ oder so raffinierte und dabei unerfänglich aussehende Fangvorrichtungen, wie der „Lodbusch“ oder „Distelkopf mit Schweinsborsten“. In einer anderen Gruppe kann man den Kanarienvogel mit Zugnetz und Freitagen studieren, in einer dritten den Rehsang und den Hasensang mit der Schlinge. Durch den Unterricht im Museum lernen also die Beamten, wie die Wildfrevler arbeiten, worauf sie selbst im Gelände zu achten haben und welche scheinbaren Kleinigkeiten zur Aufdeckung eines Vergehens führen können.

Condons Autopfer in neun Monaten: 710 Tote, 80 000 Verletzte! Soeben wird in London eine Statistik veröffentlicht, die einen Ueberblick über die Straßenunfälle in den letzten neun Monaten des Jahres 1926 gibt. Im Gebiet der Grafschaft London, d. h. in der Stadt London, den Vorstädten und auf dem flachen Land, hat man 710 Todesfälle und 80 000 Verletzte gezählt. Die weitaus überwiegende Zahl der Unfälle ist auf den Autopfer zurückzuführen. Ungefähr 37 Proz. der Fußgänger wurden durch die Schuld des Chauffeurs von Tode ereilt, 5 1/2 Proz. sind das Opfer unglücklicher Zufälle geworden, die sich während voller Fahrt ereigneten, und fast die Hälfte aller Verunglückten hat sich die Schuld an dem Unglücksfall selbst zuzuschreiben, da sie unachtsam oder unvorsichtig die Straße überqueren.

Die älteste Rechnung der Welt? Eine kleine Steintafel, welche in den Ruinen von Babylon gefunden wurde, scheint die älteste Rechnung der Welt zu sein. Die Tafel ist beschriftet mit einer Mischung von Sumerisch und Akkadisch. Das Alter der Tafel wird auf nahezu 6000 Jahre geschätzt. Diese „älteste Rechnung der Welt“ ist im Besitz der Pennsylvania-Universität.

Mar Bethel best: Oh, Deutschland! Rekorde einer Reise durch die Industrie, Landschaft, Leben, Zukunft. Erste Schilberung der deutschen Gegenwart von einem Arbeiterdichter. Herausgabe der Gruppe „Der Strom“ am Sonnabend in der Schule Weinmeisterstr. 16/17. Karten zu 10 Pf. an der Abendkasse.

Professor Max Stierer wird Sonnabend, 6. Uhr, in der Deutschen Hochschule für Volkshilfe, Schinkelplatz 6, eine Vorlesung über die Bedeutung des 14-tägigen Abland viermal Sonnabends von 8-10 Uhr abends über: „Politik und Moral“ halten.

Poincaré gegen Räumung.

Er will Briand vor der Kammer nicht darüber sprechen lassen.

Paris, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das „Echo de Paris“ behauptet, daß Poincaré sofort nach Wiedezusammentritt der Kammer persönlich sich jeglicher Debatte über die auswärtige Politik energisch widersetzen werde. Er werde erklären, daß er Anhänger einer Friedenspolitik sei, daß es ihm aber im gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich erscheine, die Frage der Rheinlandräumung vor den Kammer aufzuwerfen, und zwar solange Deutschland nicht alle für die Sicherheit Frankreichs nötigen Garantien gegeben habe. Briand hat übrigens im Ministerrat erklärt, daß die Frage der Räumung der Rheinlande in seinen Verhandlungen mit Stresemann nicht aufgeworfen worden sei. (7) Das Blatt behauptet, Poincaré sei jetzt bereits sicher, die Genehmigung für seinen Antrag auf Vertagung der Debatte über die Außenpolitik von der Kammermehrheit zu erhalten, da die Parteien wissen, daß die geringste Regierungskrise eine finanzielle Katastrophe nach sich ziehen würde.

Erst Ausbau der französischen Festungen — dann Rheinräumung!

London, 6. Januar. (E.P.) Gegenüber den Ansichten französischer Zeitungen, wonach das weitere Verbleiben der Besatzungstruppen im Rheinland als eine Garantie für die militärische Sicherheit gefordert werden müsse, bemerkt die „Times“, daß dieser Beweisgrund nicht sichhaltig sei. Die Besatzung könne niemals einen dauernden militärischen Wert haben, denn sie müsse einmal an einem bestimmten Datum aufhören. Es beständen keinerlei Aussichten, daß Deutschland bis zu dieser Zeit eine Armee besitze, die in der Lage wäre, nach Frankreich einzumarschieren. Größere Bedeutung müsse man jedoch der Auffassung beimessen, daß man Frankreich Zeit geben müsse, an seinen Disgrenzen Befestigungen anzulegen, ehe die Räumung des Rheinlandes erfolgt sei. (1)

Randstaaten und Sowjetunion.

Einmütig für Fortsetzung der Verhandlungen.

Moskau, 6. Januar. (W.B.) Das Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten hat die Mitteilung erhalten, daß das estnische Ministerium des Äußern dem bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in Estland am 1. d. M. erklärt hat: auf der Zukunft der Estlands ist der Wunsch aller drei Staaten festgesetzt worden, die Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen Garantiepakt fortzusetzen und durch gegenseitige Zugeständnisse zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Nach dem Faschistenputsch in Litauen erklärte die russische und deutsche Kommunistenpresse, daß er von England angeflist sei, um den litauischen Garantiepakt zu zerreißen und die Sowjetunion wieder einmal einzuführen. Seitdem wird sie nicht müde, die Behauptungen über ihre Einkreisung tagtäglich von neuem zu wiederholen. Die Mitteilung der übrigen drei baltischen Staaten, daß sie die Verhandlungen über einen Garantiepakt fortsetzen und abzuschließen wünschen, zeigt zur Genüge, daß England durchaus nicht den Einfluß besitzt, um sie vom Baktieren mit der Sowjetunion fernzuhalten. Wenn die Verhandlungen nicht recht vorwärtsschreiten wollen, so liegt das vor allem daran, daß die Sowjetunion in ihrem Souveränitätsinteresse keine Schiedsverträge abschließen will. Sie treibt eine dem untergegangenen kaiserlichen Deutschland nicht unähnliche Politik. Sie sabotiert den Schieds- und Bälterbundgedanken und klagt zugleich über Einkreisung. Ihre Isolierung ist dabei völlig selbstverschuldet. Man muß sich nur wundern, daß die Kommunisten innerhalb und außerhalb Rußlands noch immer nicht gemerkt haben, welche kläglichen Eindruck das ewige Gewinsel über die Einkreisung, die nur noch in der Einbildung besteht oder selbstverschuldete Isolierung ist, in der Welt auf die Dauer machen muß.

Mussolini gegen faschistische Zügellosigkeit.

Ein Erlaß an die Präfekten fordert Strenge gegen die Ungeheuerlichkeiten.

Rom, 6. Januar. (W.B.) Mussolini hat an die Präfekten ein Rundschreiben gerichtet, in dem folgende Vorkommnisse aufgeführt werden: Die faschistische Partei und ihre Beamtenhierarchie sind jetzt, da die Revolution vollendet ist, nur noch gewissenhafte Werkzeuge des Staatswillens. Der Präfekt muß mit aller Sorgfalt auf die Verteidigung des Regimes gegen alle jene Bedacht sein, die ihm Falschheit stellen oder es schwächen wollen. Das neue Gesetz für Sicherheit und öffentliche Ordnung und andere Maßnahmen zur Verteidigung des Staates sehen die Präfekten in die Lage, im Falle einer immer unwahrscheinlicher werdenden antifaschistischen Aktion mit der nötigen Strenge vorzugehen. Jetzt, da der Staat mit allen Mitteln zur Unterdrückung einer solchen Bewegung ausgestattet ist, gibt es aber noch gewisse Rückstände, die verschwinden müssen. Es handelt sich um jene Art faschistischen Selbstschußes, die im Jahre 1927 schließlich unzeitgemäß und eine verengte Erscheinung ist, die aber in Fällen öffentlicher Erregung von neuem zügellos auftreten kann. Die Ungeheuerlichkeit muß also ein Ende haben. Man muß sich jetzt klar darüber sein, daß, was sich auch immer zutragen und was mit auch immer zutun mag, die Zeit der Repressalien, der Verwüstungen und der Gewalttätigkeiten vorüber ist und daß die Präfekten mit allen Mitteln jede auch noch so schwache Kundgebung gegen den sich fremder Vertretungen verhindern müssen. Die Beziehungen zwischen den Völkern sind viel zu heikel und können zu solchen Entwicklungen führen, daß es absolut unzulässig ist, daß sie Kundgebungen unverantwortlicher Elemente oder Agenten und Aufwieglern ausgesetzt werden, deren Streben danach geht, einen nicht wieder gutzumachenden Tatbestand zu schaffen. Die öffentliche Ordnung darf in keiner Weise gestört werden. Sie wurde auch in den letzten fünf Jahren in großem und gefährlichem Ausmaß nie gestört und wird auch in Zukunft nicht so gestört werden.

Unter dem faschistischen Regime muß die äußerste Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit in Bezug auf die Verwaltung der öffentlichen Geldmittel, die unantastbar sind, verwendet werden. Alle, die die öffentlichen Geldmittel verwalten, müssen unadeligen Charakters sein. Um Sündenbündnisse, die sich notwendig erweisen, muß der Präfekt besorgt sein. Alle Spekulanten und ehrgeizigen Schieber, alle, die bei ihrer Tätigkeit das Tageslicht und die Öffentlichkeit scheuen, müssen aus jeder Organisation des faschistischen Regimes entfernt oder ausgeschlossen werden. Der Präfekt muß auf die Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Volks in einer Weise eingehen, daß es möglich wird, moralisch und politisch davon Nutzen zu ziehen und dem Volk zu zeigen, daß der faschistische Staat nicht selbstschädig, kalt und gleichgültig ist. (7)



„Erlauben Sie mal, den Jumper habe ich mir beiseite gelegt!“ — „Nehmen Sie mir nicht immer meine Sachen unter den Händen weg!“ — „Drängen Sie sich nicht so niederträchtig!“ ... Wie berauscht von Kaufstift schieben sich die Menschenmassen durch die schreienden Plakate des Inventurverkaufs, und wie in einem richtigen Kampf demastieren sich die Charaktere. Kaufstift jagt alles mit der geringen Munition im schmalen Beutel nach der großen Gelegenheit, endlich kommt auch der Groschen zu seinem Recht, und die Reklameheute schlagen während Schlachten auch um diesen Groschen. Fast keines der Kaufhäuser beschränkt sich mehr auf die trodene Antündigung „Inventurverkauf“. „Alte Käufer, erscheint in Massen!“ ruft ein Schuhwarenhaus, das eine Revolution der Preise verheißt und seine ganze Reklame in Stille einer Wählpropaganda aufgemacht hat. „Sonst muß man bemerken, daß die neue Geschäftsreklame sich anstrengt zu dem amerikanischen Glauben an den Sieg der lebenswichtigen Reklame befehrt hat. „Kommen! Kaufen! Frauen!“ jedert ein roter Löwe über die Leipziger Straße, ein anderes Haus ländigt eine „Inventur-Ausverkauf-Avenue Drunter und Drüber“ an, und alles sucht sich mit originellen und wichtigen Reklamebeeren zu überbieten. Die augenfälligsten Preisherabsetzungen kann man bei der Damenkonfektion feststellen. Hier gibt es wirklich Gelegenheitskäufe, z. B. Strickkleider, Kostüme und Gesellschafts toiletten für ein Drittel des regulären Preises. Durchschnittlich sind die Preise um 50 Proz. ermäßigt, und es gibt schon für den schmalen Beutel erschwungliche Dinge. Ein Kaufhaus bringt z. B. Damenblusen aus Barchent für 30 Pf., aus Baumwollmuffelne für 75 Pf. Damenmäntel werden für 3,75 M. angeboten, Mäntel aus Befours de laine für 6,75 M. Und der Ansturm gerade auf diese billigen Angebote beweist, wie groß das Kaufbedürfnis des Proletariats ist. Am ersten Tage des Inventurverkaufs mußte dieses

Kaufhaus zeitweilig geschlossen werden, und um die ganze Front des Gebäude wand sich die vielhundertköpfige Schlange der Wartenden, während sich die vertehrregende Schuppe als Schlangenbändiger produzieren mußte. Wäschestoffe werden von 38 Pf. aufwärts angeboten, Trikothemden schon für 50 Pf., Damenhemden aus Wäsche mit Sticker für 1,25 M. Die Kleinigkeiten der Mode, Dinge, die heute dem einfachen Kleid einen Schimmer von Eleganz verleihen und in der nächsten Saison veraltet sind, kann man heute schon für 15 Proz. des ehemaligen Preises erstehen. Kragen aus Crêpe de Chine, gestickt oder bemalt, für 45 Pf. — der ursprüngliche Preis ist 3,50 M. Nun gibt es freilich unfreundliche Gemüter, die die „großen Reiter“ bald als „Linnel mit Franzen“ bezeichnen, und es ist bedauerlich zu konstatieren, daß sie manchmal recht haben. Aber niemand ist gezwungen, das stapelweise hergestellte „Gesellschaftsleid, Halbleid“, für 3,75 M. zu nehmen — für dasselbe Geld kann er schon zwei nett und geschmackvoll verarbeitete Vollerleder haben. „Der Preis beweist nicht, daß eine Ware billig ist! Keine Ware beweist nach Jahren, daß der Preis billig war!“ ruft ein Konfektionshaus. Und wer zur „Partei der tügen Käufer“ gehört und sich nicht durch anlingschmitteten Glanz blenden läßt, findet, wenn er sorgfältig wählt, günstige Gelegenheiten. — Nur ist freilich, trotz der propagandistisch verkündeten „Revolution der Preise“ das Dreiklassenwahlrecht in der Inventur noch nicht abgeschafft, und es gibt genug Menschen, die hier weder erst noch drittclassige Wähler sind, denn dies Wahlrecht hängt noch immer vom Portemonnaie ab. Die anderen aber glauben gern an das Wunder der Inventur und kaufen, so lang die Mittel irgend reichen. „Das ist der größte Inventurverkauf, den wir seit Jahren erlebt haben“ erklärt der Personalchef eines großen Kaufhauses, und wir müssen unsere besonders billigen Angebote rationieren, damit auch die Käufer der späteren Tage befriedigt werden können.

Was an Mieten verdient wird.

Im „Lokal-Anzeiger“ vom Neujahrstage plaudert unter der Rubrik „Grundstücks- und Hypothekensmarkt“ ein ehemaliger Berliner Hausbesitzer, der sein Haus für Papiermillionen verkauft hat und es heute nur noch verwaltet, in offenkundigem Zorn über seinen Inflationsverlust von großen Reingewinnen der Hausbesitzer aus der Schule. Das geschieht in dem Blatt, das zu den Hausbesitzerorganisationen und ihren Bestrebungen, die Mieten weit über die Friedensmiete hinaus zu erhöhen, in engen Beziehungen steht. Man liest da zu seinem Erstaunen u. a. folgendes: „Die Durchschnittsmiete in Berlin, und das ist die große Mehrheit, bringen einen bedeutend höheren Ertrag als im Jahre 1914. Dieser Mehrertrag ergibt sich dadurch, daß heute fast mit keinen Mietaufschlägen zu rechnen ist, während im Jahre 1914 in Berlin 60 000 Wohnungen und Läden leerstanden, so daß durchschnittlich mit 10 Proz. Mietaufschlag zu rechnen war. Dieser Aufschlag erhöhte sich in den Außenbezirken bis auf 25 Proz. Die früheren Aufschläge sind heute als eine Sondererinnahme zu buchen. Ständen früher Räume leer, oder es bezahlte ein Mieter keine Miete, so hatte der Vermieter trotzdem seine Hypothekenzinsen voll abzuführen, während heute in solchen Fällen die Hauszinssteuer, die an die Stelle der Hypothekenzinsen getreten ist, niedergeschlagen wird, so daß dem Vermieter aus dieses Risiko genommen ist.“ Weiter erklärt der Verfasser, er habe bei der Verwaltung seines früheren Eigentums im Norden Berlins im Jahre 1926 bei einer Friedensmiete von rund 66 000 M. nach Abzug aller Unkosten, einschließlich reichlicher Entlohnung für Verwaltung und bei Ausführung aller erdenklich notwendigen Reparaturen, einen Reingewinn von rund 20 000 M., also rund 30 Proz. der Mietaufnahmen, erzielt. Die Friedensbelastung betrug 790 000 M. und das Eigenkapital 210 000 M., wofür bei dem Verkauf nur 4000 Goldmark erzielt wurden.

Den Herrn Minister für Volkswohlfahrt, nach dessen Meinung die Mieten vom 1. April 1927 ab auf 150 Proz. der Friedensmiete erhöht werden sollen, woran natürlich im Ernst gar nicht zu denken ist, werden diese Angaben gewiß interessieren. Reingewinne in der bezeichneten Höhe sind auch nach unseren Informationen durchaus nichts Seltenes. Voraussetzung für solche Gewinne ist natürlich, daß der Hausbesitzer sein Eigentum nicht mit neuen Hypotheken zu hohen Zinsen bis zum Schornstein hinauf belastet. Wenn er dann noch mit Ausgaben für Reparaturen knausert, wird die Tasse gefüllt.

Döpreuhisches von einem städtischen Ont.

Auf dem städtischen Gute in Hobrechtsfelde scheint man Gutsarbeiter und Schnitter nach döpreuhischen Gesichtspunkten zu behandeln. Seit Tagen bekommen die dortigen Schnitter das ihnen zum Kochen und Heizen zulebende Holz in einem so dürftigen Zustande, daß weder damit gekocht noch geheizt werden kann. Tagelang haben diese Schnitter keinen Raum heizen und kein Essen kochen können. Alle Einwände bleiben von der dortigen Gutsverwaltung unbeachtet. Heute morgen haben nunmehr als letztes Mittel die Gutschnitter die Arbeit nicht aufgenommen, weil sie endlich Holz haben wollen, mit dem sie ihr farges Essen und ihren Morgenkaffee kochen können. — Hier werden die in Frage kommenden städtischen Körper-schaften schleunigt nach dem Rechten sehen müssen.

Ein Lehrer unter Anklage.

Wegen Brandstiftung, Betrug und fahrlässiger Tötung.

Vor dem Landgericht I begann heute früh unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. R. Arschner eine Verhandlung von dreitägiger Dauer, die von aufsehenerregendem Interesse sein dürfte. Angeklagt ist der 1896 geborene Lehrer an einer Berliner Gemeindeschule Alfred Buchs wegen verurteilter Brandstiftung in Verbindung mit fahrlässiger Tötung und verurteilter Betrug, begangen an der Kasse des Berliner Lehrervereins.

Die angebliche Tat des Angeklagten soll in der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1926 in dessen Wohnung, im Hause Georgenstraße 46, verübt worden sein. Die Brandherde waren nur zum Glimmen gekommen und nicht zu offenen Flammen, so daß darin lediglich der Tatbestand der verurteilten Brandstiftung erfüllt wird. Ein Mitbewohner des Hauses, der Kellermeister Karl Klamm, ist infolge Einatmens des Qualmes an Gehirnblutung verstorben. Der Angeklagte hat von der Unterstufungsstelle des Lehrervereins für den entstandenen Schaden 5 000 M. Marktentschädigung beantragt. Die herbeigerufene Feuerwehr stellte drei getrennte Brandherde fest, Wäscheschrank, Kleiderschrank und einen Koffer. Sämtliche Brandstellen befanden sich im Schlafzimmer. Auffallend war es, daß sich die Brandherde in den Behältnissen befanden, so daß die Vermutung nahelag, daß das Feuer angelegt war. Der Angeklagte bestreitet von Anfang an jede Schuld an der Brandlegung. Er und seine Frau haben die Tat auf einen unbekanntem Dieb geschoben, der in ihrer Abwesenheit in die Wohnung eingedrungen sein müsse, da aus der Wäschekiste 192 Mark verschwunden sein sollten. Es haben sich aber an den Türen keinerlei Beschädigungen vorgefunden und auch sonst keine Spuren von Einbrechern. Die durch Staatsanwaltschaftsrot Flint vertretene Anklage nimmt daher an, daß der Angeklagte, der in letzter Zeit sehr große Anschaffungen gemacht hatte und sich in Schulden befand, den Brand selbst angelegt hat. Die Ehefrau des Angeklagten ist vor kurzem plötzlich an Lungenembolie verstorben.

Verdorbene Bäcklinge.

Die Spandauer Feuerwehr wurde heute früh nach der Bionierstraße 1 gerufen, wo drei Personen bewußtlos aufgefunden wurden. In einem Wohnzimmer der Gärtnerei von Krug schliefen in einem gemeinschaftlichen Wohnraum der 44jährige Hermann Krüger, Bruder des Gärtnereibesizers, und zwei Bäcklinge, ein achtzehnjähriger Paul Danigat sowie der 16 Jahre alte Edmund Wolltas. Als die Genannten heute früh nicht erschienen, schloß man Verdacht, forschte nach und fand alle drei bewußtlos vor. Die mit Verdacht angefallenen Wiederbelebungsvorversuche hatten Erfolg, jedoch liegen die Verunglückten im Städtischen Krankenhaus Spandau schwer krank. Danigat befindet sich im Städtischen Krankenhaus. Eine genaue Untersuchung im Krankenhaus ergab, daß unzweifelhaft eine Fischvergiftung vorliegen müsse. Tatsächlich hatten die Erkrankten am Mittwoch Bäcklinge zum Abendbrot gegessen, die nicht einwandfrei gewaschen sein mußten. Es wurde noch ein kleiner Rest vorgefunden und zur Untersuchung beschlagnahmt.

Zu der Wäcke Himmelsbach wird entgegen anders lautenden Mitteilungen festgestellt, daß sich der Detektiv Martin Breslawer noch wie vor in Berlin aufhält. Er ist weder gefangen noch verhaftet. Es liegt auch gar kein Haftbefehl gegen ihn vor.

Maßnahmen für Stellenlose Angestellte. Fortbildung und Umschulung.

Der Reichsarbeitsminister hat für das laufende Haushaltsjahr, also bis zum 31. März, 400.000 M. bereitgestellt zur Erleichterung, Befähigung und Vermehrung von Veranstaltungen, die von öffentlichen Arbeitsnachweiser oder wirtschaftlichen Vereinigungen der Angestellten zur beruflichen Fortbildung oder Umschulung von Stellenlosen Angestellten getroffen werden. Die näheren Bestimmungen werden in der nächsten Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht.

In erster Linie sollen die Veranstaltungen für unterstützungsberechtigte Stellenlose Angestellte getroffen werden; soweit es ohne Mehrbelastung der Reichsmittel möglich ist, können auch nicht unterstützungsberechtigte Stellenlose Angestellte zugelassen werden. Die Entscheidung über die Verwendung der Mittel liegt bei den Landesämtern für Arbeitsvermittlung, die im engsten Einvernehmen mit ihren Verwaltungsausschüssen zu arbeiten haben. Es ist Aufgabe der Landesämter, für die zweckvollste Einsetzung der Mittel zu sorgen. Sie erfolgt am besten durch Veranstaltungen, die vom öffentlichen Arbeitsnachweiser durchgeführt werden. Auf Beteiligung der Gemeinden an den Kosten soll hingewirkt werden.

Wirtschaftlichen Vereinigungen von Angestellten können Reichsmittel nur bewilligt werden, wenn sie Gewähr für sachgemäße Durchführung bieten, 25 Proz. der Kosten der geförderten Veranstaltung selbst tragen und sich verpflichten, auch Nichtmitglieder zu den gleichen Bedingungen wie Mitglieder zuzulassen. Die zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweiser sind vorher zu hören. Das Landesamt kann die Bewilligung von Mitteln davon abhängig machen, daß die Veranstaltung von mehreren Verbänden gemeinschaftlich durchgeführt wird.

Kommunistische Niederlage.

Zu DMB. in Berlin.

Die gestrigen Wahlen der Bezirksleitungen in der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben zu einem vollen Erfolg der Amsterdamer Richtung geführt. Den Kommunisten ist es trotz intensiver Agitation gelungen, ihre bisher innegehabten drei Bezirksstellungen zu halten. In den anderen 22 Bezirken wurden die Kandidaten der Amsterdamer Richtung zum Teil einstimmig, oder mit Dreiviertel- und noch größerer Mehrheit gewählt.

Im vorigen Jahr kamen die Kandidaten der Amsterdamer Richtung in einigen Bezirken nur mit knapper Mehrheit durch. Ebenso war auch die Wahlbeteiligung, die diesmal etwa 10 Proz. betrug, im Vorjahr bedeutend geringer.

Die Wahlen beweisen jedenfalls, was es mit der großpartigen Behauptung der Kommunisten auf sich hat, die Berliner Ortsverwaltung hätte keine Mehrheit mehr hinter sich. Dieses Ergebnis ist um so höher zu bewerten, als ja bekanntlich die schwere anhaltende Krise den Weizen der Kommunisten besonders in die Hofme schlehen läßt.

Die Zerstörungsarbeit bei den Buchdruckern Ein geheimes Rundschreiben der KPD-Fraktion.

Vom Gauverband der Berliner Buchdrucker wird uns folgendes geheime Rundschreiben der KPD-Fraktion der Berliner Buchdrucker übermittelt, das so recht zeigt, wie die Zerstörungsarbeit der Kommunisten betrieben wird und wie gering trotz der Großmäuligkeit der „Roten Fahne“ ihr Einfluß bei den Buchdruckern bisher war.

Berlin, den 3. Januar 1927.

An die Mitglieder der KPD-Fraktion der Berliner Buchdrucker!
Werte Genossen!

Wenn wir an Hand der letzten Delegiertenwahlen zur Generalversammlung und der Wahlen in der Handseherversammlung eine Jahresbilanz zu ziehen versuchen, wie es ausführlicher schon in der Dezembernummer des „Graphischen Blod“ geschehen ist, so ist unabweisbar festzustellen, daß unser Einfluß im Gauverein Berlin des Buchdruckerverbandes im Wachstum begriffen ist. Bei unvoreingenommener Betrachtung ergibt sich aber auch, daß der von uns erzielte Fortschritt, ziffernmäßig an Hand des Wahlergebnisses der letzten Bezirksversammlungen betrachtet, viel geringer ist, als wir in Anbetracht des allgemeinen Anwachses des kommunistischen Einflusses und in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage in Deutschland ermarren durften.

Es hat sich bei den letzten Gelegenheiten, die wir anführten, herausgestellt, daß wir nicht in der Lage gewesen sind, das ideologische Anwachsen der kommunistischen Auffassung innerhalb der Berliner Kollegenchaft im gleichen Maße auch in organisatorische Erfolge umzumünzen.

Dieser Mangel hat seine Ursache darin, daß sich nur ein Teil der organisierten Kommunisten im Buchdruckerverband in Berlin überhaupt an den Arbeiten der kommunistischen Buchdruckerfraktion beteiligen. Wir sehen uns deshalb am Jahreswechsel veranlaßt, alle Genossen aus dem Buchdruckerverband darauf hinzuweisen, daß diese letzten Ergebnisse die Fraktionsleitung veranlassen, energischer als bisher gegen die Genossen vorzugehen, die dauernd der Fraktionsarbeit fernbleiben. Wir werden künftig bei jedem Genossen die Beteiligung an der Gewerkschaftsarbeit durchsetzen.

Bei unserem Vorgehen werden wir auch nicht halt machen vor denjenigen Genossen, die ihre Nichtbeteiligung an der Gewerkschaftsarbeit mit Überlastung in anderen Funktionen zu begründen beabsichtigen. Wir haben das gute Beispiel einer ganzen Reihe von Genossen, die trotz intensiver Funktionstätigkeit an anderer Stelle der Partei, in der Gewerkschaft oder in anderen Arbeiterorganisationen es doch lausend möglich machen, sich wenigstens in der notdürftigsten Form an der gewerkschaftlichen Fraktionsarbeit zu beteiligen, die wichtigsten Versammlungen und Abstimmungen zu besuchen usw.

Die in Betracht kommenden Genossen mögen diese Zeilen als einen ersten Appell an ihre Adresse betrachten.

Für unsere Arbeit im Januar sind besonders wichtig die Handseherversammlung am 9. Januar und die Bezirksversammlungen am 16. und 17. Januar. Dorthin wird zu den Tarifverhandlungen Stellung genommen, und es kommt darauf an, daß die Genossen durch ihren Besuch — und indem sie die mit ihnen im Betriebe sympathisierenden Kollegen zum Besuch dieser Versammlungen ermuntern — unseren Forderungen zur Tarifrevision Nachdruck verleihen. (Die Forderungen selbst sind in der Dezembernummer des „Graphischen Blod“ besprochen.)

Zur Teilnahme an der Handseherversammlung ist es für die zu dieser Sparte gehörigen Genossen unbedingt Pflicht, die Mitgliedschaft der Spartenvereinigung zu erwerben, d. h. sich die Mitgliedskarte zu besorgen, gegen die allein bei dieser Versammlung der Zutritt möglich ist. Nachdem die Spartenvereinigung gegründet ist, spielen die Meinungsvorschläge über die Zweckmäßigkeit der Gründung, die bei einzelnen Genossen vielleicht in der einen oder anderen Form vorhanden waren, keine Rolle mehr. Vielmehr ist jeder zur Sparte gehörige Genosse verpflichtet, sich in der Spartenvereinigung zu organisieren und aktiv an ihrer Arbeit zu beteiligen. Das gleiche gilt übrigens, wie schon zu wiederholten Malen ausgedrückt, für alle Sparten und Spartenvereine.

Gleichzeitig benutzen wir diese Gelegenheit, um darauf aufmerksam zu machen, daß eine Anzahl Genossen noch verschiedene Sorten von Karten abzurechnen haben, zum Teil Karten des „Graphischen Blod“, zum anderen Teil die Karten, die von der Partei zum Jubiläum des DMB im September ausgeben worden sind. Diese Karten müssen, um zum Jahresluß die notwendige Ordnung in die Kassenführung zu bringen, unbedingt schnellstens abgerechnet werden.

Mit kommunistischem Gruß

Fraktionsvorstand der Berliner KPD-Buchdrucker.

Der vorstehende Appell der Gewerkschaftsfraktion wird hoffentlich die Wirkung auf unsere Gewerkschaftsmitglieder ausüben, daß alle die beschriebenen Bezirks- und Spartenversammlungen besuchen und dort den Zerplitterern die richtige Antwort geben.

Merkwürdige Sympathien.

KPD. und DDB.

Beko meldet: Man schreibt uns: Kürzlich fand in Rostau eine öffentliche Beamtenversammlung statt, in der auch der Reichstagsabgeordnete Lorgeler (KPD), der bekanntlich Vorsitzender des Beamtenausschusses des Reichstages ist, sprach. Er stellte dabei fest, daß der freigewerkschaftliche DDB der Beamtenchaft den schärfsten Dienst durch seine Sabotage (!) der Einigungsverhandlungen mit dem DDB erwiesen habe, und erklärte wörtlich, daß die Bildung der dritten Säule in der freien Arbeitnehmerbewegung des DDB sich für die Beamtenchaft nicht nützlich auswirkt.

Der Landtagsabgeordnete Gaff (jetzt im Vorstand des DDB) stellte in seinem Schlusswort fest, daß Herr Lorgeler sehr wohl in der Lage sei, ein maßgebliches Urteil über die einzelnen Organisationen abzugeben zu können. Zu dieser Feststellung nickte Lorgeler mehrfach bejahend mit dem Kopfe.

Es ist bemerklich, festzustellen, daß jetzt auch innerhalb der Beamtenorganisationen dasselbe Zusammenwirken zwischen gewissen Parteiführern vorhanden ist, das sich in der großen Politik so häufig nicht gerade günstig auswirkt. Wir müssen dabei auf das bekannte Rundschreiben hinweisen, das Herr Gaff kürzlich im Auftrage des Leiters der Besoldungsabteilung des DDB herausgegeben hat und welches sich in ähnlichen Gedankengängen bewegt. Die Beamtenchaft wird auf diese Dinge ein wachsameres Auge richten müssen, um zu verhindern, daß sie als Mittel zum Zweck im Parteikampfe verwendet wird.

Die Gewerkschaften bei Held.

Die unhaltbar niedrigen Löhne.

München, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die fortgesetzte Verschlechterung in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft veranlaßt die freien Gewerkschaften des Bezirks Bayern, am Mittwoch bei dem Ministerpräsidenten Dr. Held vorstellig zu werden. Die Gewerkschaftsführer gaben dem Chef der bayerischen Regierung ein wahrheitsgetrautes Bild der steigenden Not in der Arbeiterschaft, deren Löhne sich infolge der fortdauernden Teuerung aller zur Lebenshaltung notwendigen Bedarfsartikel von Monat zu Monat verschlechtert. Die durch nichts begründete Bierpreiserhöhung hat in der Arbeiterschaft, die durch ein niedriges Lohnniveau, Muzarbeit und Erwerbslosigkeit aufs schwerste bedrückt ist, eine ungewöhnliche Erregung und Erbitterung ausgelöst. Die ungeheure Notlage konnte dem Ministerpräsidenten an der Hand von Beispielen des näheren erläutert werden. So wurde ihm u. a. der Fall geschildert, daß ein Arbeiter mit 54stündiger Arbeitszeit nicht in der Lage war, außer den Ernährungsstoffen für seine Familie auch noch die Kosten für die nötigsten Kleidungsstücke zu decken. Zur Bezahlung des Schulwerts für die Familie müßte dieser Arbeiter das Hofffahrtsamt in Anspruch nehmen! Das ist der Segen der Mehrarbeit.

Der Ministerpräsident anerkannte die traurige Notlage der breiten Volksmassen der Arbeiter und der Erwerbslosen. In be-

sondere Anerkennung der Tatsache, daß das gegenwärtige allgemeine Lohnniveau auf die Dauer unhaltbar ist, versprach Dr. Held, den Einfluß der Regierung bei den Arbeitgeberverbänden geltend zu machen und im besonderen zu versuchen, neue Verhandlungen mit den Braundindustriellen in Gegenwart der Vertreter der Gewerkschaften in Fluß zu bringen.

Lohnhöhung in der Hochseefischerei.

Hamburg, 5. Januar. (TU.) Der Lohnstreit in der deutschen Hochseefischerei ist beigelegt worden. Seitern fanden vor dem Reichsarbeitsministerium bestellten Hamburger Seefischer Dr. Stenzel Verhandlungen statt, in denen nach Vereinbarung der Parteien die Feuer um fünf bis sechs Prozent erhöht wurde. Die Regelung gilt für das Jahr 1927. Bei wesentlicher Veränderung der Lebenshaltungskosten kam eine Nachprüfung der Feuer vom 1. Juli 1927 ab vorgenommen werden.

Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Amsterdam, 6. Januar. (WZ.) Vom 10. bis 17. Januar werden hier der Generalrat und Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Tagung abhalten, an der die Vertreter der Gewerkschaftszentralen von 12 verschiedenen Ländern und von drei internationalen Berufssekretariaten teilnehmen werden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage des Verhältnisses zwischen Hand- und Kopfarbeitern, die Aufnahme mehrerer neuer Gewerkschaftszentralen, der Haushaltsvoranschlag sowie die Vorbereitung zum Pariser Kongress und zu der bevorstehenden Internationalen Arbeitskonferenz.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Paris, 6. Januar. (WZ.) „Paris Soir“ veröffentlicht eine Erklärung des Sekretärs des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) zu den vom Minister des Innern und dem Minister für öffentliche Arbeiten bekanntgegebenen Zahlen über die Arbeitslosigkeit in Frankreich. Die Erklärung besagt: Die wirklichen Arbeitslosenziffern sind weit höher als die gestern bekanntgegebenen. Wenn Minister Sarraut die Zahl der Beschäftigungslosen der Lederbranche mit 1500 angegeben hat, so ergibt sich aus den dem Gewerkschaftsbund zugegangenen Informationen, daß in dieser Branche mehr als 10.000 Arbeiter feiern. Außerdem wendet sich die Erklärung gegen den Hinweis des Ministers für öffentliche Arbeiten darauf, daß 35.000 Arbeiter von den staatlichen Betrieben beschäftigt werden könnten, mit dem Bemerkten, diese staatlichen Betriebe hätten in der Provinz zwar Beschäftigungsmöglichkeiten, nicht aber in Paris, wo sich die Arbeitslosen befinden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Aus der Partei.

Der „Populaire“ wieder Tageszeitung.

Das Zentralorgan der französischen sozialistischen Partei, „Le Populaire“, hatte bekanntlich kurz nach den siegreichen Wahlen von 1924 sein Erscheinen als Tageszeitung einstellen müssen und war bisher nur noch als vierzehntägiges Mitteilungsblatt für die Mitglieder der Partei herausgegeben worden.

Am täglich erscheinenden Blättern verfügte die Partei nur noch über einige Provinzzeitungen, („Midi Socialiste“ in Toulouse, „Montagne“ in Clermont-Ferrand, „Freie Presse“ in Straßburg und „Republikaner“ in Colmar), während in Paris und in den übrigen Gegenden Hunderttausende von sozialistischen Wählern auf die Verkünder der linksbürgerlichen Organe des Kartells angewiesen waren.

Dieser Mangel wurde von der gesamten Partei sehr bitter empfunden. Im ganzen Lande, besonders in Paris, drängten die meisten Genossen auf Wiederherausgabe des „Populaire“ als Tageszeitung. Die im Frühjahr 1926 stattfindenden allgemeinen Neuwahlen, die eine erhöhte griffige Vorarbeit erfordern, sind nun der Anstoß für die Partei gewesen, eine besondere finanzielle Anstrengung zu unternehmen, um ihr Blatt wieder täglich erscheinen zu lassen. Auf Grund eines Parteitagbeschlusses und weiterer Entschlüsse des letzten Parteiausschusses ist dieses tägliche Wiedererscheinen ab 22. d. M. endgültig festgelegt worden. Politischer Leiter des Blattes wird Genosse Leon Blum.

Die besonderen französischen Presseverhältnisse bringen es mit sich, daß die Herausgabe eines unabhängigen Organs mit ungeheuren Schwierigkeiten, besonders finanzieller Art, verbunden ist. Doch hoffen wir bestimmt, daß es dem Opfermut der französischen Genossen gelingen wird, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialisten.

In der Gesamtsitzung am Freitag, den 7. Januar, abends 7½ Uhr, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Roststraße 14, spricht Genosse Professor Max Adler über das Thema: „Neue Wendungen“. Grundfähliches zur sozialistischen Erziehung. — Alle Gruppen beteiligen sich daran. Gäste sind willkommen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: Dr. G. G. Geyer; Kultur: Dr. John Schiller; Lokal- und Genossen: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Gleditsch; Familien in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinaat u. Co., Berlin SW 4, Lindenstraße 3.

ZÄHNE mit kautschukplatte 1 u. 2 Mark, ohne Gaumen, Brücken von 5 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis
Halvani Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86
Luisenstr. 27 / Charlitz, Schillerstr. 73

Auch gegen alte Gallensteine, Leberleiden, Gelbsucht, Gallenblasenentzündung, Magen- und Darmkrämpfe, Herzkrankheiten, Gicht, Rheumatismus, Nierensteine, Nierenleiden, Wassersucht, Blasensteine, Blasenkatarrh, innere Verhärtung, Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, Zuckerkrankheit, Nervenerkrankung, Kopfschmerz, Schwindel, Schlaflosigkeit, Adernverkalkung, Lungenleiden und offene Beine ist zu empfehlen.

Stern-Engel-Tee

Giftfrei, D.R. Patent, ges. gesch. Bewährtes Harnsäureabklemmungs- und Ausseheidemittel.

Ausdrücklich erprobt und empfohlen! Auf die der Krankheit entsprechende Mischung wird besonders aufmerksam gemacht. Zu haben in den meisten Apotheken.

Direkte Bezugsquellenangabe u. Beweismaterial durch Stern-Engel-Tee-Großvertrieb, Bad Schandau-Eibe.

Metalbetten
Schuhmacherzen, Kinderbetten gleich zu haben. Kat. 65. r. Eisenmöbelwerk. Lohr Thür.

Berliner Uik-Trio
Neukölln Lohrstr. 74/75

Küchen
roh emailliert
dicke Lötchen 42 N. 50 N.
Christus 75 „ 125 „
mit Anrichte

Riesenauswahl
roher, lackierter, lasierter
Küchen, einzelner Kleider-
und Küchenschränke.

Himmel
Lohringer Str. 22 (Schönhauzer Tor)

Auf Teilzahlung!
Herr u. Damen-
Garderobe
Kästel, Uster, Paletots, Anzüge, Joppen.

MÖBEL
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer,
Küche, Stuhlzimmer, Federbetten.

Ansel, Gr. Frankfurter Str. 34
Straßburger Platz

Krause-Pianos
zur Miete
W. G. Ansbacherstr. 1

Blumenspenden
weder für
Besten preiswert
Paul Goltz
permt. Fabrik
Karlshorststr. 3
Edle Blumenstränge
Umt. Wörzweg, 10000.

Mol- u. Zeichen-
Bedarf

L. Juergens
Alexanderplatz

1a. Eiderstr. 10
Pfd. M. 0,30 kr. 100
Dampfkesselabrik
Rendsburg.

B-EMIL KONIG

Herzprophete

Lebensband Mark 8.-

Zu beziehen durch:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Soriment)

Möbel
Speise-
tisch-
Stuhl-
Zimmer-
bekannt gut
und billig.

Vegebäume
CHARLOTTENBURG
Wilhelmsufer 11
Ecke Schillerstr.
Klein-Lohr

Leichtbau ohne mehr
reichhaltiges Lager

Inlierieren
brannt ERPOLO

Stottern
Holt ganz neues
Vedgütem! Werth-
vollste, Preis 100
G. Narkel, Bld.-Wilmers-
berg, Brandenburgerstr. 28/29

Malton-Weine
aus Mais

anerkannt beste

Stärkungsweine
für Kranke, Schwache, Erholungs-
bedürftige und auch für Gesunde.

Seit 1895 im Handel und ärztlich empfohlen.

Deutsche Malton-Gesellschaft m. b. H.
Wandsbek-Hamburg.

Niederlage:
Ostwerke Aktiengesellschaft
Zweig Niederlassung Wandsbek-Hamburg
Vertriebsstelle Berlin N 4, Chausseestr. 42.
Tel.: Norden 7. 0.

Zu beziehen zu Mk. 2,50 pro Liter (Schwabe durch die Apotheken, Druggisten und Feinkaufgeschäfte.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanfrage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!